

NATO für Ausweitung des Afghanistaneinsatzes?

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung
für die Woche vom 19. bis 25. Oktober 2009*

(te) Besonderes Augenmerk richteten die US-amerikanischen Medien vergangene Woche auf Afghanistan. Hier stehen zum Einen bald die Stichwahlen zwischen Präsident Hamid Karsai und seinem Gegner Abdullah an. Zum Anderen scheint sich die NATO für einen umfangreicheren Einsatz in Afghanistan auszusprechen. Ein ganz anderes Thema, das die Gemüter erhitzte, war die drastische Kürzung von Managergehältern staatlich unterstützter Unternehmen.

Anscheinend befürwortet die NATO eine Ausweitung des Afghanistaneinsatzes. Das berichtete zumindest die *New York Times*. Sie zitierte Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, der von einer positiven Resonanz auf die Pläne General McChrystals sprach. McChrystal ist Oberkommandeur der von der NATO geleiteten ISAF-Truppen in Afghanistan und leitet gleichzeitig den Einsatz der US-amerikanischen Truppen. Er hatte von Präsident Barack Obama vor einigen Wochen eindringlich mehr Soldaten gefordert. Eine andere Strategie wird momentan von Vizepräsident Joseph R. Biden favorisiert. Er hatte vorgeschlagen, sich mehr auf die Terrorismusbekämpfung in Afghanistan zu konzentrieren und die Truppenstärke zu belassen. Laut *NYT* werde es aber noch mehrere Wochen dauern, bis der Präsident eine Entscheidung getroffen habe. Die inoffizielle Zustimmung der NATO zu einer Verstärkung der Afghanistanstruppen dürfe aber nicht überbewertet werden, schließlich planten viele Nationen eigentlich eine Reduzierung ihrer Soldaten in Afghanistan.

Die Lage in Afghanistan selbst stand ebenfalls im Fokus der Medien. Das *Wall Street Journal* meldete, dass dort Vorbereitungen für die Stichwahlen am 7. November getroffen werden. Die Stichwahlen wurden von der Wahlkommission IEC festgesetzt, nachdem Präsident Hamid Karsai bei den Wahlen im August die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Außerdem waren Vorwürfe massiven Wahlbetrugs laut geworden, die sich nach einer Überprüfung durch eine UN-Kommission bestätigten. Laut *WSJ* fürchte die UN nicht nur einen erneuten Wahlbetrug, sondern auch die Behinderung der Wahl durch schlechtes Wetter.

Für großen Wirbel sorgte Präsident Obamas Entscheidung die Gehälter und Bonizahlungen von Managern zu kürzen, deren Unternehmen in großem Maße staatliche Unterstützung erhalten. Laut *New York Times* zählen dazu unter anderem die Citigroup, die Bank of America, General Motors und Chrysler. Die betroffenen Manager sollen dieses Jahr auf ungefähr fünfzig Prozent ihrer Gesamtbezüge verzichten, die Gehälter um neunzig Prozent gekürzt und teilweise mit einem Limit versehen werden. Die *NYT* kritisierte, dass es sich nicht um eine allgemeine Regelung handle, sondern nur bestimmte Unternehmen betroffen seien.

Quellen:

www.nyt.com
www.slate.com
www.wsj.com